

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.80 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Gef. Hübeler & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttg. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 71

Februar 179

Wildbad, Montag, den 24. März 1924

Februar 179

Jahrgang 59.

### Judas Benesch

Von einem Außenpolitiker.

Sei echter ein politischer Geheimverrat ist, der gerade einmal aus Tageslicht kommt, desto heftiger leugnen ihn die amtlichen Stellen ab. So erging es auch den jüdischen veröffentlichten Schriftstücken, die das geheime Kriegs- und Militärbündnis zwischen Paris und Prag enthüllen.

Man erinnert sich wohl noch, daß der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch Ende Dezember 1923 in Paris tagelang mit Poincaré und Riffelrand verhandelte. Die Pariser Presse sprach von einer Neujaarsübertragung, es fehlte nur noch die Genehmigung des tschechischen Präsidenten Masaryk. Der „Lemps“ nannte die Sache höchst schmeichelhaft für die Tschechen: Das Bündnis von Paris und Prag. Es sei beiseite kein geheimes Militärverbot zwischen den beiden Ländern. Nur die beiden Generalstäbe müßten wie bisher in Fühlung bleiben. Es handelte sich um Friedenspolitik, um einen „britischen Verband“, der durch Artikel 21 der Völkerbundsakte erlaubt sei. Tatsächlich wurde das Abkommen am 24. Januar 1924 unterzeichnet, tags darauf veröffentlicht und denn dem Völkerbund zur Genehmigung vorgelegt. Es enthielt außer der Verpflichtung, die Rückkehr der Hohenzollern zu verhindern, keine merkbare Spitze gegen Deutschland.

Und man stellt sich folgendes heraus. Dr. Eduard Benesch, der wie einst sein Namensvetter Eduard VII., nur nicht selbständig, sondern im Auftrag Poincarés Europa bereist, um den Eintrag um das geteilte Deutschland immer enger zu schmieden, hat am 26. Dezember u. Is in Paris neben dem amtlichen Abkommen, mit dem man der Welt Sand in die Augen streute, einen Geheimvertrag über das militärische Unterstellungsverhältnis der Tschechoslowakei unter die französische Heeresleitung abgeschlossen. Darüber wird bekannt der Wortlaut eines Geheimprotokolls und eine „Erklärung zum Bündnisvertrag“ zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Besseres Schriftstück enthält u. a. die Verpflichtung für die Tschechoslowakei, nicht nur bei einem Krieg Frankreichs gegen Deutschland dem französischen Verbündeten bedingungslos Hilfe zu leisten — dies mit der Verpflichtung der Gegenseitigkeit — sondern auch bei einem Krieg Polens gegen Deutschland zusammen mit Frankreich bedingungslos an die Seite Polens zu treten. Für den Fall eines Kriegs zwischen Polen und Rußland verhalten sich beide Vertragsparteien neutral. Aber: Die Unterzeichnung Rußlands durch Deutschland bei einem Krieg Rußland-Polen erfordert die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsparteien an Deutschland.

Dieser Geheimvertrag — da heißt, wie man zu sagen pflegt, keine Maus einen Faden mehr ab — ist glatter Bruch mit dem Willen und Wortlaut des Versailler Vertrags. Er ist ein Kriegsbündnis, aus dem französischen Herrschaftsdrang heraus geboren. Nebenbei erzählt man, daß beide Vertragsparteien die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft bekämpfen. In dem damaligen amtlichen Abkommen stand natürlich kein Wort darüber. Was wird man nun in Rom über die peinliche Enthüllung sagen?

Noch weiteres wird bekannt. Benesch hatte einen Entwurf niedergeschrieben, der den Beitritt Jugoslawiens zu den tschechisch-französischen Abmachungen vorsah. War ihm doch von seinem Herrn und Meister in Paris aufgetragen, den keinen Verband in das französisch-polnisch-tschechische Bündnis fest einzugliedern. Als gegebener Anlaß hierzu wurde die Beigrader Konferenz betrachtet. Ja, Benesch sollte versuchen, auch Rußland in eine deutschfeindliche Verbindung hineinzuziehen. Aber der Teufel — Anbahnung neuer „Friedenspolitik“ — versagte. Dem Beigrader Außenminister Rittschitzki erschien mit Recht der Ausgleich mit Italien wichtiger. Jugoslawien nimmt zwar auch französisches Geld für Rüstungszwecke, aber es zahlt dafür nur Zinsen und bindet sich nicht politisch. Wohlhin Rumänien. Die große Enttäuschung ist also in Beograd gescheitert. Aber der Kriegsbund Paris-Prag ist Tatsache.

Das alles haben heilbrütige Kreise in Deutschland und in den „neutralen“ Ländern schon seit einiger Zeit gemutet. Die veröffentlichten Geheimdokumente bringen nur die Bestätigung. Das politische Charakterbild des Ministers Benesch dürfte nun endgültig klargestellt sein. Er hat sich schon bei der obersten Leitung als der Feind Deutschlands verhalten. Er ist der böse Geist Europas, der im Dienst der französischen Pläne arbeitet. Kurz vor der Unterzeichnung des amtlichen Abkommens zwischen Prag und Paris, als Wäite Jaurès, hat er einen amerikanischen Auswanderer warme Worte über Deutschlands schlimme Lage vorgetragen. Sein gutgepöppeltes Mißgeschick mit der deutschen Not war ein Judaskuß. Er hatte bereits die Geheimverträge in der Tasche.

Dem „Berl. Tageblatt“ wird mitgeteilt, daß der französische tschechische Geheimvertrag der Ausbreitung sei, den die

### Tagespiegel

**Kriegsminister Marz und Minister Stresemann sind am Freitag nachmittags von Wien nach Berlin zurückgekehrt. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag sollen bis jetzt keine großen Fortschritte gemacht haben.**

Die Vermittlungsversuche in dem Ausstand der Arbeiter der Bod. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigslofen sind gescheitert. Der Stadt erwachsen durch die Unterstützung der Arbeiter riesige Ausgaben.

In London sind die Straßendiebe- und Omnibus-Angreifer in den Ausstand getreten.

In Quincostown (Irland) feuerte ein irischer Soldat mit einem Maschinengewehr gegen englische Soldaten. (Der Hafenort hat nach dem englisch-irischen Vertrag englische Besatzung.) Ein englischer Soldat wurde getötet, eine Anzahl Zivilpersonen verletzt.

**Tschechen** dafür geben mußte, daß Poincaré das Geheiß der Tschechen um Herabsetzung des tschechischen Anteils an der Kriegsschadensentschädigung bekräftigt habe. Die Tschechoslowakei hat nämlich als Nachfolgestaat Oesterreich-Ungarns an dessen Kriegsschadensentschädigung über 30 Milliarden tschechische Kronen an den Großen Verband zu leisten.

### Der Hitlerprozeß

Die Verteidigung

München, 22. März

Die gestrige Nachmittagsitzung begann mit der Rede des Verteidigers Hitlers, Rechtsanwalt Roder. Der Verteidiger bezeichnet zunächst als hervorsteckendes Merkmal der bisherigen Prozeßgeschicknisse: Auf der einen Seite das deutsche Wesen in seiner edelsten Verkörperung und auf der anderen die Verleugnung des deutschen Wesens. Die Angeklagten waren von Anfang an in ihrer Verteidigung gehemmt. Von dem gegen Hitler erhobenen Vorwurf des Wortbruchs sei in diesem Prozeß nichts mehr übrig geblieben. Rahr habe selbst erklärt, daß er persönlich gegenüber Hitler niemals ein Ehrenwort gegeben habe. Der Verteidiger weist sodann die in einer gewissen Presse gegen Hitler erhobenen Vorwürfe, er habe an der „Vos von Rom“-Bewegung teilgenommen und in der Schutze die Hostie geschändet, als absolut unwahr zurück. Zum Verständnis der Tat des Angeklagten müsse man sich in die ungeheuerlichen Zustände zurückverlegen, die im Herbst vor. Jrs. geherrscht haben. Es sei nicht verwunderlich, wenn das Blut national-gesinnter Männer ins Kochen kam, da man sehen mußte, wie die Reichsregierung deutsche Lande dem Feind preisgab (Aufgabe des passiven Widerstands usw.). Die Erbitterung gehe durch das ganze Volk. Die Reichsregierung habe sich förmlich in Kriegszustand gegen Bayern gestellt. Schon der Bestand des Generalsstaatskommissariats in Bayern bedeutete auf der ganzen Linie den Kampf gegen Berlin. Herr von Rahr habe sich nicht nur als Vollzugsorgan gegeben, sondern er sei auch als Diktator weiter geschritten. Löffow und Rahr hätten die Befehle des Reichswehrministers und des Generals von Seeckt einfach mißachtet und den offenen Kampf zwischen München und Berlin veranlaßt.

Es dürfe niemand wundern, wenn Hitler zu der Auffassung gekommen sei, Rahr, Löffow und Seifler seien durchaus damit einverstanden, daß er sie in dem Kampf gegen diese Berliner Regierung unterstütze. Diese drei Männer haben damals nicht abgelehnt, sondern immer gesagt, es müßten noch weitere Männer aus dem Norden kommen. Wenn von Hochverrat überhaupt gesprochen werden sollte, so sei dieser Hochverrat bis in den September und Oktober hinein vorbereitet worden. Ueber die Vorgänge im Nebenzimmer haben die Angeklagten eine Sachdarstellung gegeben, die durch völlig unbeteiligte Zeugen bestätigt worden sei. Es sei nicht wahr, daß die Erklärungen abgepreßt wurden. Allerdings sei festzustellen, daß diejenigen, die zuerst ins Horn gestochen haben, sich hinterher lang- und kluglos zurückzogen und daß die Leute, die nebenher mitgeholfen hatten, nunmehr nach den Paragraphen des Strafgesetzbuchs abgeurteilt werden sollten. Nicht Hitler für sich habe die Handlungen begangen, sondern nur im Zusammenarbeiten mit den anderen Herren habe er Verfügungen getroffen. Hitler habe damals nicht daran gedacht, nach Berlin zu marschieren. Es liege auch keine Verfassungsänderung vor. Das Ergebnis sei, daß hier ein Mann seine ganze Kraft und seinen ganzen Geist für eine Sache zur Verfügung gestellt habe, für einen Kampf, den die bayerische Regierung gegen die Berliner Regierung zu führen vorgegeben habe. Der Verteidiger stellt den Antrag auf Freisprechung Hitlers.

Die Sitzung wird auf Samstag vormittag vertagt.

### 20. Verhandlungstag

Fortsetzung der Verteidigung

Der Verteidiger Dr. Webers, R.M. Dr. Holl führt aus: Den Hauptgrund zu den Ereignissen am 8. Nov. bildet das Schanddokument von Versailles. Der wahre Grund für die Errichtung des Staatskommissariats war nicht ein angeblicher Putsch der Nationalsozialisten, sondern es handelte sich um die große Abrechnung mit den Novemberverbrechern, um die Aufnahme des Kampfes gegen Berlin, in dessen Verlauf General Löffow zum Meuteker wurde. Der Kampfbund war bereit, sich nicht nur hinter Löffow, sondern sogar v. Rahr zu stellen, sobald er sich zum Marsch nach Berlin entschlossen hätte. Die drei wollten den Marsch nach Berlin. Holl zieht zum Beweis das in der Geheimfugung vorgelegte Material heran, was den Staatsanwalt zu der Bemerkung veranlaßt, daß der Verteidiger zu weit gehe. Hitler und Weber mußten zu dem Schluß kommen, daß die drei Herren fest zum Handeln entschlossen waren. Die Angeklagten hätten die Ueberzeugung gehabt, daß der von der gesetzlichen Macht gewählte Weg eben der Marsch nach Berlin sei. Die „Kampfbund“-Führer nahmen aus der Besprechung vom 6. Nov. die Ueberzeugung mit, daß die führenden Männer den eudämonischen Willen zum Handeln nicht aufbrachten. Die Rede Rahr im Bürgerbräuerei sollte den politischen Auftakt bilden zu den kommenden großen politischen Ereignissen. Daß der Plan einer Verdrängung des heiligen römischen Reichs deutscher Nation nicht zur Wirklichkeit wurde, sei nur den Angeklagten zu verdanken. Es sei unrichtig, daß die Vorgänge im Bürgerbräuerei von langer Hand vorbereitet gewesen seien. Es handle sich um einen Entschluß, der am 7. Nov. abend gefaßt wurde. Ueber die Verhaftung von Ministern sei am 7. Nov. kein Beschluß gefaßt worden. Der ganze Plan war so, daß er noch eine halbe Stunde vor der Versammlung hätte zurückgenommen werden können, wenn Rahr die erbetene Unterbrechung gewährt hätte. Drei Gründe seien für den Umfall der drei Herren bestimmend gewesen: Wehrkreiskommando und Landespolizei waren infolge der Besprechungen vorher bereits gegen den Putsch eingestellt, ferner die Haltung der Bayerischen Volkspartei und des Justizministers Dr. Matt. Im Kriegsrat der Bayerischen Volkspartei, in der Kritik des Hofrats Amman, wurde jener Aufruf von dem „Breiten Lubendorff und sein Anhang“ verfaßt. Der dritte Grund des Umfalls war, daß man sich gegenüber dem Norden gebunden hatte und daß man das Ziel behalten mußte. In dem Aufvergehen tragen nicht die Angeklagten die Schuld. Dr. Weber war bereit zum Handeln im Sinn des Löffow-Staatsstreiks, des Seiflers Direktionsrats und des Rahr'schen Druckes. Das Gefühl des Volks sträubte sich dagegen, daß die Tat der Angeklagten Hochverrat sein soll. Eine Verfassungsänderung wurde überhaupt nicht vorgenommen, sondern nur versucht, gegenüber dem Reich eine Personenveränderung herbeizuführen und schließlich fehlte das notwendige Tatbestandsmerkmal der Gewaltausübung. Es habe sich nur um Vorschläge gehandelt. Ein Hochverrat gegenüber Bayern und der bayerischen Verfassung liege ebensowenig vor, da ja die gesamte Gewalt dem Generalsstaatskommissar übertragen war. Es fehlte den Angeklagten auch der Vorsatz und das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. Millionen und aber Millionen Deutsche erwarteten den Freispruch. Dr. Holl schloß: Geben Sie durch Ihr Urteil unserer nationalen Jugend den Glauben an ihr Vaterland wieder zurück. Geben Sie die Führer zurück, die berufen sind, den Kampf für ein großes deutsches Vaterland zu führen!

Die Sitzung wurde auf Montag vormittag vertagt.

Nach Einbruch der Dunkelheit versammelte sich vor den Staheldraht-Abperrungen in der Blutenburgstraße, wo die Kaserne liegt, in der die Verhandlungen stattfinden, eine ungeheure Menschenmenge. Mehrere Abteilungen Reichswehr wurden vorgeführt, die die Massen mit Gummiknüppeln auseinandertrieben. Die Truppen blieben mit Gewehr bei Fuß in den Straßen aufgestellt.

### Neue Nachrichten

Die Besatzungskosten werden weiter bezahlt

Berlin, 22. März. Nach dem Eintreffen des Kam. ers. und Stresemanns aus Wien fand eine Kabinettsitzung statt. Minister Stresemann trat entschieden dafür ein, daß die Besatzungskosten für das Ruhrgebiet weiter bezahlt werden. Das Kabinet stimmte zu.

Der vorläufige Reichshausplan

Berlin, 22. März. Unter der Voraussetzung, daß das be-

loger Gebiet wirtschaftlich und steuernmäßig mit dem Reich wieder verbunden wird, glaubt das Reichsministerium folgenden Plan für 1924 aufstellen zu können: Gesamteinnahmen 5,71, Gesamtausgaben 5,27 Milliarden Goldmark. Im ordentlichen Haushalt werden den 5,144 Milliarden Einnahmen ebenso hohe Ausgaben gegenüberstehen. Für die Ausführung des Friedensvertrages sind 640 Millionen vorgesehen. Die Befehlskosten (ohne Ruhr?) sind mit 300 Millionen eingelegt. (Die Gesamtkosten für das deutsche Heer samt der Marine belaufen sich auf 450 Millionen Goldmark).

#### Staatsmonopole

Berlin, 23. März. Der französische Senat hat sich, wie schon gemeldet, den Beschlüssen der Regierung und der Kammer angeschlossen und die Aufhebung des bisherigen französischen Staatsmonopols in der Streichholzherstellung zugestimmt. Die Streichholzindustrie wird in Zukunft privatwirtschaftlich betrieben werden. Man hofft, durch Steuern auf die Zündholzindustrie, die zur leichteren Einführung verhältnismäßig niedrig gehalten sein sollen, jährlich etwa 20 Millionen Franken mehr für die Staatskasse zu erzielen, als man bisher aus dem Monopol erhalten hat. Gleichzeitig wird dem Publikum versprochen, daß es in Zukunft sowohl billigere als auch bessere Streichhölzer werde kaufen können. Der französische Finanzminister hat selbst festgestellt, daß die Erzeugungskosten der bisher in den Staatsfabriken hergestellten Streichhölzer 15 bis 30 v. H. höher waren, als die Preise der in Frankreich eingeführten ausländischen Streichhölzer. Nach diesem für das Staatsmonopol doch ziemlich vernichtenden Urteil muß man sich eigentlich darüber wundern, daß, wie berichtet wird, in dem Gutachten der Sachverständigen über eine deutsche Finanzreform der Vorschlag auf Errichtung verschiedener Staatsmonopole in Deutschland sich findet.

#### Der Aufruf zum Wahlkampf

Berlin, 23. März. Die kommunistischen Wahlversammlungen in Groß-Berlin wurden vielfach zu verbotenen Straßenkundgebungen demüht, was schon zu verschiedenen Zusammenstößen führte. Ueber 50 Kommunisten sind wegen Widersehlichkeit, Aufreizung zu Minderheiten usw. in Haft. Die Polizei ist in fortgesetzter Alarmbereitschaft.

#### Quide aus der Haft entlassen

München, 22. März. Der Sozialist Prof. Quidde ist aus der Haft entlassen worden, das Verfahren wegen Hochverrats nimmt seinen Fortgang.

#### Angewandte Anschläge gegen Kahr

München, 22. März. Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Richard Seidl aus Dresden, der einen Anschlag gegen Herrn von Kahr geplant haben soll, zu 1 Jahr Zuchthaus. Von der gleichen Anklage wurden vier weitere Beschuldigte freigesprochen.

#### Die Goldwährung in Schweden

Stockholm, 22. März. Der Reichstagsausschuß hat die Wiederaufnahme der Einführung der schwedischen Reichsbanknoten in Gold, sowie die Freigabe der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 1. April an beantragt. (Der Finanzminister hatte die Wiedereinführung der Goldwährung erst vom 1. Juni an angeregt).

#### Politik vor Recht

Paris, 21. März. Der „Antragsgegner“ meldet, daß zwischen der französischen und der deutschen Regierung Verhandlungen über den Austausch des vom Reichsgericht wegen Spionage verurteilten französischen Hauptmanns D'Armond gegen deutsche Gefangene im Gange seien.

Amlich wird dazu mitgeteilt, daß die französische Regierung zwar noch nicht mit einem derartigen Vorschlag an die Reichsregierung herantreten ist. Es ist jedoch klar, daß die französische Nachricht auf einen Austausch D'Armonds gegen jene drei Herren abzielt, die seinerzeit bei der Verhaftung D'Armonds von den Franzosen im Ruhrgebiet als Geiseln

entnommen worden sind, um dadurch das deutsche Gerichtsverfahren gegen D'Armond zu hintertreiben. Es handelt sich um die Herren Oberbürgermeister von W. B. E. L. E. aus Gelsenkirchen, Landgerichtsdirektor R. I. N. D. aus Bochum und Oberstaatsanwalt Schulte-Peltum aus Essen, die nun schon über zehn Wochen sich im Gefängnis befinden. Die Festnahme dieser Herren erfolgte unter dem Vorwand, daß die Verhaftung D'Armonds auf schweizerischem Gebiet stattgefunden habe. Selbstverständlich wäre eine solche Anwendung der Geiseln auch dann auf das schärfste zu verurteilen, wenn D'Armond tatsächlich auf schweizerischem Gebiet verhaftet worden wäre. Aus dem amtlichen, auch der französischen Regierung seit mehreren Monaten bekannten schweizerischen Bericht ist aber das Gegenteil festzustellen. Durch diesen Bericht und schließlich jetzt durch die Gerichtsverhandlung ist erneut bestätigt worden, daß die Verhaftung auf deutschem Gebiet erfolgt ist. Es handelt sich also bei der Festnahme der deutschen Herren um gar nichts anderes, als um eine brutale Ausübung der französischen Nachstellung im besetzten Gebiet.

Die Freilassung der deutschen Gefangenen muß selbstverständlich ohne Gegenleistung erfolgen.

#### Englisch-französische Verhandlungen

London, 22. März. Vom Auswärtigen Amt wird in Abrede gezogen, daß zwischen Poincaré und Mac Donaid ein neuer Briefwechsel über Entschädigung und „Sicherheit“ geführt worden sei. Dagegen finde allerdings ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Angehörigen der Aemter statt.

Der französische Botschafter St. Aulaire wird nächste Woche eine Unterredung mit Mac Donaid haben.

### Württembergischer Landtag

Stuttgart, 21. März

Der Landtag trat heute vormittag, vielleicht zum letztenmal vor den Wahlen, wieder zu einer kurzen Tagung zusammen und stimmte dem Gesetzentwurf zu, wonach sich der Landtag künftig aus 80 Abgeordneten zusammensetzt, ebenso dem Entwurf eines Landtagwahlgesetzes nach dem vom Ausschuß für die innere Verwaltung gestellten Anträgen. Nicht geringe Aufregung verurteilte ein Antrag des Abg. Bazille (B.P.), als ersten Punkt auf die Tagesordnung einen Antrag zu setzen, wonach die Frage, ob das Landgericht in Hall aufzuheben sei und inwieweit die Grenzen der Oberamtsbezirke zu verändern seien, nicht im Beratungsweg, sondern im Weg der ordentlichen Gesetzgebung durch den Landtag geregelt werden soll. Dieser Antrag war insbesondere auch der Regierung sehr peinlich, weil deren Verordnungen demnächst erfolgen sollen und gewissermaßen schon unterwegs sind. Zu Beginn der Sitzung wurde der Antrag Bazille zurückgestellt. Am Schluß der Sitzung gab es dann eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Bazille beharrte auf Behandlung des Antrags und der Abg. Holz half über die Schwierigkeit der Lage dadurch hinweg, daß er den Antrag stellte, die Sitzung auf morgen vormittag 9 Uhr zu vertagen. Der Antrag Bazille wird inoffiziell morgen zur Erörterung kommen müssen.

#### Die Staatsvereinfachung

Der Siebenerausschuß des Landtags hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab. Die Beratungen des Ausschusses sind vertraulich. Nach der Schwäb. Tagwacht handelte es sich um die Aufhebung von 7 Oberämtern und des Landgerichtshalls. Nach dem Blatt sind Bürgerpartei und Bauernbund gegen die Aufhebung, die Stellung des Zentrums set unklar. Von demokratischen Persönlichkeiten seien Abordnungen, die gegen die Aufhebung vorstellig wurden, scharfe Antworten gegeben worden. Die Sozialdemokratie sei für die Vereinfachung in großem Ausmaß auf dem Weg der Gesetzgebung. Der Vorschlag der Regierung, die Maßnahmen durch Verordnungen durchzuführen, für bei keiner Partei Unterstützung.

Stuttgart, 22. März

In der heutigen Sitzung wurden der Gesetzentwurf betreffend Uebernahme der Bürgerschaft für Anleihen der Redar-L.-G. bis zum Höchstbeitrag von 8 Millionen Goldmark durch den württ. Staat in Gemeinschaft mit dem Reich, Baden und

Wien, ferner der 7. Nachtrag zum Etat betr. Befestigung des württ. Staats an der Sammelschienen-L.-G. und die Gesetzentwürfe betr. Verminderung der Zahl der Abgeordneten sowie das neue Landtagsgesetz, außerdem ein von Vertretern aller Parteien beantragter Gesetzentwurf, wonach die Wahldauer des am 6. Juni 1920 gewählten Landtags am 15. Mai 1923 endigt, ohne wesentliche Erörterungen angenommen.

Unter allgemeiner Spannung erklärte hierauf Abg. Bazille (Bürgerp.): Gestern sei kein Antrag, die Aufhebung der Oberämter und des Landgerichtshalls nicht durch Regierungsverordnung, sondern gesetzlich durch den Landtag zu entscheiden, auf Antrag des Zentrums gemäß dem Antrag der Regierung auf heute verlesen worden. Inzwischen habe aber die Regierung eine Verordnung erlassen und im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht, wodurch die Frage bereits entschieden wurde. Das sei kein aufrichtiges Verhalten. Der Verordnungsantrag habe offenbar bezweckt, der Regierung die Möglichkeit zu verschaffen, die Verordnung noch vorher zu erlassen. Dadurch sei kein Antrag hinfällig geworden und er ändere ihn dahin ab, daß die Regierungsverordnung erst nach den Neuwahlen in Vollzug gesetzt werden dürfe.

Staatspräsident Dr. Hieber drohte mit dem Rücktritt der Regierung, wenn der Antrag Bazille angenommen werden sollte. — Abg. Bock (Zentr.), Abg. Scheef (Dem.) und Abg. Bickes (Deutsche Volksp.) erklärten, ihre Fraktionen müssen erst Zeit haben, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. — Abg. Müller (Komm.) wirft den Regierungsparteien vor, daß sie mit der „Demokratie“ Schindluder treiben. — Abg. Bazille: Das Zentrum braucht doch bei seiner Intelligenz, die es immer auszeichnet, nicht nach einer vorherigen Beratung! — Abg. Scheef (Dem.): Die Regierung hat das Recht, solche Verordnungen zu erlassen. — Abg. Müller (Komm.): Auch wenn der Landtag Einspruch erhebt! — Scheef: Ja, wohl! — Müller: Ihr seid schöne Demokraten! (Große Heiterkeit.) Für die sofortige Beratung des Antrags Bazille stimmen Bürgerpartei, Bauernbund, die umfassenen Sozialdemokraten und die Kommunisten. Es wird festgestellt, daß keine Zweidrittelmehrheit vorhanden ist.

Nächste Sitzung 2. April, nachmittags 4 Uhr.

### Württemberg

Stuttgart, 22. März. Einstellung von Inflationsoverfahren. Dem Landtag ist eine Schrift des Justizministeriums zugegangen über die Einstellung bezw. Niederschlagung von Vergehen gegen die Verordnungen betr. den Geschäftsverkehr im Zeichen der Geldentwertung. — Diese Verordnungen und die daraus sich ergebenden Strafverfolgungen von Geschäftsleuten usw. sind kein erfreuliches Kapitel in der Geschichte der Inflation.

Stuttgart, 22. März. Wahlvereinigung. Der Landesvorstand der württ. Bürgerpartei hat einstimmig dem Vorschlag der vereinigten vaterländischen Verbände auf Schaffung einer vaterländisch-völkischen Einheitsliste für die Reichs- und Landtagswahlen zugestimmt.

Stuttgart, 22. März. Kommunistische Geheimberichte. Die Strafkammer verurteilte die Bahnarbeiter Karl Weber und Ernst Hintennach von Baldmannsweiler M. Schorndorf, die hiesigen Kommunisten einen Bericht über die Zahl der auf den Bahnhöfen Ehlingen und Bötzingen verkehrenden Lokomotiven geliefert hatten, zu 1½ bzw. 1 Monat Gefängnis und den Monteur Georg Pfeiffer aus Ludwigsbafen, der in der Zentralwerkstätte in Ehlingen beschäftigt war und mit den beiden erstgenannten eine Zusammenkunft hatte, in derselben Angelegenheit zu 8 Monaten Gefängnis. Die betreffenden Angaben waren in Kleidungsstücken gefunden worden, die Kommunisten bei ihrer Flucht nach Erziehung des Kriminalkommissars Tschirch zurückgelassen hatten.

Abkündigung der Sommerzeit. Der Vorstand des württ. Städtetages und der Gemeinderat der Stadt Stuttgart haben sich entschieden gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit ausgesprochen. Der landwirtschaftliche Hauptverband für Württemberg und Hohenzollern ersuchte die Regierung, sich unbedingt gegen die Sommerzeit einzusetzen.

Beendeter Eisenbahnerstreik. Die Arbeiter des Rangierbahnhofs Kornwestheim, die am Dienstag, 18. d. M., die

## Magnus Wörland und seine Erben

Roman von Günther von Hohenfels

Magna?

Es würgte ihm heiß in der Kehle. Nur daran nicht denken, nicht daran!

Aber seine Mutter!

Er wusch sich und zog sich um. Der Koffer war ja zur Hand, und Geld hatte er auch.

Nicht viel. Ein paar hundert Mark hatte ihm der Onkel in der Eile zugestreckt, und die durfte er ruhig nehmen, denn sie entsprachen seinem redlich verdienten Gehalt. Leben also konnte er einige Tage, und dann natürlich? Ins Ausland! Von ein paar hundert Mark! Er lachte.

Aber er ging hinunter und ließ sich starken Kaffee und Gebäck geben; denn er fühlte, wie schwach er war. Dann schrieb er an seine Mutter. Die arme liebe Mutter! Keine sie glaubt, ihn, sie sicher! Sie zweifelte nicht. Aber wenn er sie mit sich nehmen könnte in das neue Leben. —

Er ging auf die Straße, planlos, und doch in der Hoffnung, einen Gedanken zu fassen. Auf der Post lag sicher ein Brief vom Onkel. Die weiteren Weisungen für seine Reise. Er fügte, daß er diesen Onkel hatte. Er wollte den Brief gar nicht lesen und ging an der Post vorüber.

Aber wenn Magna geschrieben hätte?

Sofort packte ihn die Sehnsucht!

Natürlich hatte sie geschrieben! Sicher! Wie unrecht hatte er ihr getan. Sie wußte doch gar nichts, und er hatte auch sie schon lieblos gescholten. Er stürmte und drängte sich an den Schalter. Der Beamte suchte.

Hier dieser eine Brief.

Nur der eine?

Weiter ist nichts da.

Des Onkels Handschrift. Er ging nach dem Hotel zurück, er mußte ihn lesen. Er enthielt ja sicher etwas von Magna! Und er las. Was, wie ihn der Onkel preisgab, las von Magna, und daß er einsichtig sein und ihr das übereilt gegebene Jawort zurückgeben solle. Er lachte laut auf. Kein

Wort von ihr selbst! Keine Zeile, nicht einmal ein Abschiedsgruß! Und wie hatte er sie geliebt! Wie hatte er an ihre Liebe geglaubt! Heiß stieg es in ihm auf, Groll, Verachtung! Waren das Menschen? Was hatte Magna von ihm gewollt? Weil er Magnus hieß? Oder weil sie den andern, den Bürgermeistersohn in Hamburg noch weniger mochte? Weil der ihr vielleicht ein zu selbständiger Mann war und er selbst ihr als das bequemste Spielzeug erschien? Deshalb hatte sie ihm eine Seele vorgespielt, die sie nicht besaß? Hatte in seinen Armen gelegen, hatte ihn geküßt. O, wie hatte er an ihre Liebe geglaubt; und nun?

Er wollte den Brief zerreißen, aber er tat es nicht. Er las ihn wieder und wieder und bekam einen bitteren, harten Zug in das Gesicht. Hunderttausend Mark schenkte er ihm, um ihn loszuwerden! Ihn, den Verbrecher! Soviel wert war es, ihn abzuschleichen! Puff! Er wollte wollte zur Bank und der Firma das Geld vor die Füße werfen. Unföhl! Was konnten die fremden Menschen dafür. Aber an den Onkel wollte er schreiben. Er setzte sich nieder und schrieb, schrieb, wie es ihm um das Herz war, voll Verachtung und Schmerz und ehrlichem Jorn, so wie es ihm sein gutes Gewissen diktierte. Und dann schloß er damit, daß er das Geld zurückwies; er wollte es nicht!

Und dann schrieb er an die Staatsanwaltschaft in Bremen. Daß er unschuldig sei, daß er nicht freiwillig geloben, daß sein Onkel ihn dazu gezwungen, daß er bereit sei, zurückzukommen und sich zu stellen.

Er steckte die Briefe ein und ging wieder fort. Er war am Hafen und sah die Schiffe. Ein großer Dampfer wurde beladen; stattdessen und majestätisch stand er da, Riesenmassen verschwandern, von starken Kranen und Winden gehoben, in seinem Bauche. Aus den heißen Schornsteinen kräuselte sich leichter Rauch. Unwillkürlich trat er heran; „Königin Wilhelmine“ stand vorn in leuchtender Farbe. Er fragte einen Herrn, der die Ladung beaufsichtigte:

Wo geht das Schiff hin?

Der Mann sprach deutsch.

„Buenos Aires“.

„Wann fährt es ab?“

„Uebermorgen“.

„Verzeihen Sie, wo kauft man Billette?“

Der Mann sah ihn einen Augenblick prüfend an, dann nannte er ihm die Adresse der Schiffsagentur.

Magna ging weiter. Auf einmal hatten seine Gefühle einen andern Weg genommen. Der Dampfer da ging hinaus, hinaus aus der Enge der Heimat. War er nicht ein Tor? Zurückreisen? Sich stellen? War es nicht einer Phantoms wegen? War es nicht genug, daß er wußte, daß es unschuldig war? Was sollte er daheim, selbst wenn alles sich klärte? Vom Onkel Anworten nehmen? Irgend eine untergeordnete Stellung antreten, wo doch an seinem Namen etwas haften blieb? Magna wiederleben?

Er blickte sich um. Wie der Dampfer lockte!

Er ging nach der Schiffsagentur.

„Auf der „Königin Wilhelmine“ noch Platz?“

„Welche Kajüte?“

„Wie sind die Preise?“

„Kennen Sie die Bedingungen?“

„Ich kenne nichts und bitte um Aufklärung.“

Sie müssen einen rechtsgültigen Auslandspaß von der deutschen Regierung haben, ferner ein Führungsstück von Ihrer Heimatsbehörde, aus dem hervorgeht, daß Sie während der letzten fünf Jahre nicht gegen die gesellschaftliche Ordnung verstoßen haben, nicht mit Gefängnis bestraft wurden, geistig normal sind und nicht der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fielen. Diese Papiere müssen ordnungsgemäß von dem argentinischen Konsul Ihrer Heimatsstadt versehen sein, und außerdem müssen Sie sich bei dem holländischen Konsul die Einreiseerlaubnis bestätigen lassen.“

„Und wie teuer sind die Fahrkarten?“

„In der ersten Kajüte tausendzwanzig Gulden, im Zwischendeck hundertachtzig Gulden holländischer Währung.“

„Ich danke Ihnen.“

(Fortsetzung folgt)

arbeiten niedergelegt haben, haben sie zu den bisherigen Arbeitsbedingungen wieder aufgenommen.

**Schaulastendiebe.** Der 29jährige Schriftföher Eugen Kaffel von Stuttgart wurde bei der Ausplünderung eines Schaulastens auf der Lat erkappt. Dadurch kam man einer ganzen Bande von Einbrechern und Hehlern auf die Spur, die nun verhaftet sind.

**Vom Tage.** Im Treppenhaus eines Hauses der Schillerstraße brachte sich eine 22 Jahre alte Kellnerin einen Brustschuß bei. Lebensgefahr besteht nicht.

### Aus dem Lande

**Lauffen a. N., 22. März.** Gefakter Dieb. Ein Bursche, der hier drei und im Jübergäu verschiedene Diebstähle ausgeführt hat, konnte festgenommen und ans Amtsgericht Besigheim eingeliefert werden.

**Heilbronn, 22. März.** Die Schlacht am Bietigheimer Enziodukt. Nach zweitägiger Verhandlung hat die Strafkammer das Urteil wegen der Schlägerei am Enziodukt bei Bietigheim zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gefällt. Die Arbeiter Eugen Häst und Karl Brodt von Bisingen erhielten 5 bzw. 2 Wochen Gefängnis. Ein Teil der übrigen angeklagten Kommunisten und Nationalsozialisten erhielt Geldstrafen von 20—50 M.

**Neckargartach, 22. März.** Unfall. Beim Umdrehen eines Ponggespanns fiel der Wagen um, der Lenker wurde abgeschleudert und das Pferd ging durch. Die Frau wollte das Pferd anhalten, wurde jedoch überrannt und schwer verletzt, während der Mann, ein Invalide, nur leichte Verletzungen davontrug.

**Klingenberg O. Brackenheim, 22. März.** Lausbereien. Auf der Straße von Bödingen nach Klingenberg legten junge Burschen eine Telegraphenstange über den Weg. Ein Radfahrer fuhr auf die Stange und der junge Mann, ein Sohn des Schultheißen von Klingenberg, blieb bewußtlos liegen. Die Uebelthäter ergriffen die Flucht, wurden jedoch nachts festgenommen. Nur einer von ihnen bemühte sich um den Verletzten und sorgte für dessen Unterbringung.

**Wödingen, 22. März.** Waldbrand. Durch unvorsichtige Raucher wurde im Wald beim Hermannsbüchel wieder ein Brand verschuldet, der etwa 1 Morgen verwüstete.

**Calw, 22. März.** Landtagsmüde. Der Landtagsabgeordnete Stadtschultheiß Müller (eubulch) (B.P.) beabsichtigt, nicht mehr als Bewerber um ein Landtagsmandat anzutreten.

**Schwemningen, 22. März.** Zusammenstoß. Ein junger Motorradfahrer fuhr auf einen Stuttgarter Kraftwagen. Der Motorradfahrer und ein Beifahrer kamen zu Fall und blieben bewußtlos liegen. Kraftwagen und Motorrad wurden zum Teil stark beschädigt.

**Elchingen O. A. Neresheim, 21. März.** Verzicht. In der Bezirksversammlung der Zentrumsparlei erklärte der seihelge Landtagsabgeordnete Weber seinen Verzicht auf die Kandidatur.

**Laupheim, 22. März.** Die Brückennot. Der Mehger Fridolin Braig von Erolzheim, O. A. Biberach, führte einen mit Blendgut versehenen Stier über die Allerbrücke von Kellmünz (Bayern). Das Tier wurde unruhig und drückte das Brückengeländer durch. Es stürzte in den Fluß auf eine Kiesbank, riß aber den Führer, der den Halfterstrick um den Arm gewunden hatte, mit in die Tiefe. Braig brach bei dem Sturz beide Beine und beide Arme und erlitt eine Rückenverletzung, so daß er wohl kaum mit dem Leben davonkommen wird. Der Stier blieb mit gedrohenen Beinen liegen und mußte sofort getötet werden. Der Vorfall dürfte nun doch Veranlassung werden, daß man den trostlosen Brückenverhältnissen an der Aller zwischen Württemberg und Bayern endlich die notwendige Aufmerksamkeit widmet.

**Heilbronn, 21. März.** Die Bietigheimer Schlacht. Am 21. Oktober wurde ein Zug nationaler Verbände, der Bismarckjugend und „Oberland“, die bei Untermberg eine Übung abgehalten hatten, von etwa 300 Kommunisten aus Wisingen und Bietigheim, die sich verabredet hatten, beim Enziodukt überfallen. Es entspann sich ein Kampf, bei dem es auf beiden Seiten viele Verletzte gab. Hiervon haben sich nun vor der hiesigen Strafkammer 19 Nationale und 20 Kommunisten zu verantworten, und zwar auf Grund der Sicherheitsordnung des Reichspräsidenten vom 27. September 1923 und der Verfügung des würt. Staatsministeriums. Für die Verhandlungen sind zwei Tage vorgegeben.

**Brackenheim, 21. März.** Diebstahl. Ein junger Bursche aus Gönningen stahl im Hause eines Landwirts 200 M. Der Verlust des Geldes wurde dadurch sofort bemerkt, daß der Dieb bei seinem Einbruch einen 5 Markstein verloren hatte. Der Täter konnte gefast werden. Er soll noch zwei andere Diebstähle verübt haben.

**Calw, 21. März.** Schulfragen. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, die 7. Klasse des Realprogymnasiums und der Realschule auf eigene Kosten weiterzuführen, da sie sonst dem Abbaufuß des Ministeriums zum Opfer fallen würden.

**Gerstetten, 21. März.** Tollwut. Bei einem in Herbrechtingen getöteten Hund, der ein Mädchen gebissen hat, wurde die Tollwut festgestellt. Des Oberamt Heidenheim hat infolgedessen über den ganzen Oberamtsbezirk die Hundesperre verhängt.

**Biberach, 21. März.** Erstickt. In Herrlishofen hat der 29jährige Josef Biersch seinen Stiefvater, den 49jährigen Söldner Josef Schuhmacher, der in betrunkenem Zustand ihn mit einem Messer schwer verletzte, in Notwehr erstochen.

**Leutkirch, 21. März.** Generalversammlung der Käsereien. Die hier abgehaltene zahlreich besuchte Generalversammlung der Verein. Käsereien des würt. Allgäus nahm eine Entschloßung an, worin bedauert wird, daß für das Allgäuer Erzeugnisgebiet unverständliche Zwangsverordnung der Frachtbriefabstempelung bis heute noch in Kraft ist. Diese Verordnung hat zu einer Bevorzugung ausländischer Milchzeugnisse im Handel geführt.

### Baden

**Mannheim, 23. März.** Noch gut wegkommen. In der 27jährige Schwertkriegerbeschädigte Karl Dittus aus Friedrichsfeld, der nach dem Kriege als Postausbesser ange stellt worden war und einen Geldbrief an sich genommen hatte. Während der Staatsanwaltschaft eine Zuchthausstrafe von

einem Jahr und 200 M. Gefängnis beantragte, ließ das Gericht Milde walten, da der Angeklagte aus Not gehandelt habe, und verurteilte ihn wegen Amtsunterschlagung zu einem Jahr Gefängnis.

**Offenburg, 23. März.** In dem neuen Buraach hat sich ein schweres Unglück ereignet. Bei dem Hofbauern Anton Brandstetter war Kindstaufe. Diese Gelegenheit wurde benutzt, um Baumstumpfen zu sprengen und gleichzeitig das Festschloß zu markieren. Der hochbetagte Onkel Ignaz Brandstetter handierte dabei wahrscheinlich unvorsichtigerweise mit dem Pulver. Der Schuß ging los und ein Wurzelstück brach dem 73jährigen Manne das Genick, so daß er auf der Stelle tot war.

**Jockburg l. Br., 23. März.** Das Opfer eines verhängnisvollen Mißgriffs wurde hier ein Arbeiter, der in seiner Wohnung in der Dunkelheit die Brauwasserkanne mit einer Salzwasserkanne verwechselte. Ein Schluck aus dieser Flasche hatte den Tod zur Folge.

**Konstanz, 23. März.** Die Strafkammer verurteilte den Bandwirtssohn Johann Hensel zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seinen Bruder Joseph und den 23jährigen Paul Ritt zu je ein Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Johann H. hatte am 24. August 1921 auf drei Handwerksburschen, die Stroh entwendet hatten, geschossen und einen tödlich getroffen. Auf sein Jureden sagten Joseph H. und Ritt abermals unter Eid aus, daß der Handwerksbursche von seinen beiden Genossen getötet worden sei. Durch einen Streit der Brüder kam endlich im vorigen Jahr die Wahrheit an den Tag.



**Karlsruhe, 21. März.** Die Deutschnationale Volkspartei hat den Staatsminister a. D. Wallraf als Reichstagskandidaten für Baden aufgestellt. Wallraf, geb. 1859 in Köln, war seit 1907 Oberbürgermeister in Köln. Im Jahr 1917 wurde er als Staatssekretär des Innern in die Reichsregierung berufen und im Dezember desselben Jahres zum preussischen Staatsminister ernannt. Im August 1918 nahm er seinen Abschied und zog sich nach Bonn zurück, wo er im Ostern 1923 von den Franzosen als „Haupt der nationalen Partei“ ausgewiesen wurde.

**Mannheim, 21. März.** Die Firma Brown Boverie u. Co. in Mannheim hat den Landtag zu einer Besichtigung ihrer Werke eingeladen.

**Weinheim, 21. März.** Die Polizei hat ein 19 Jahre altes Mitglied einer Zigeunerbande verhaftet, der in der Nähe von Bensheim auf dem Feld eine Frau überfallen und vergewaltigt hatte.

**Konstanz, 21. März.** Der frühere preussische Staatsminister Dr. Adolf v. Scholz, der Vater des Dichters Wilhelm von Scholz, ist in Seeheim gestorben.

**Urfosfen, 21. März.** Hier wurde eine Volksbank Urfosfen gegründet. Die Bank ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und garantiert für Goldwahrung der gemachten Einlagen. Bei Eröffnung betrug die Zahl der Mitglieder bereits nahezu 100.

**Schopfheim, 21. März.** Laut „Marktgrößer Tagblatt“ wird Lodimoos jetzt endgültig dem Bezirk Schopfheim zuge teilt. Ferner auch die Gemeinde Bernau (Geburtsort Hans Thomas). Auch Wehr, das sich kürzlich für den Anschluß an Säckingen aussprach, soll vorläufig Schopfheim zugeteilt werden.

**Waldshut, 21. März.** Im Stadtwald bei St. Marien verunglückte der Holzhauer Leo Baumgartner dadurch, daß von einem steilen Abhang herab ein in Arbeit befindlicher Stamm ins Rollen kam. Baumgartner war auf der Stelle tot.

**Konstanz, 21. März.** Für die endgültige Gestaltung des Sommerfahrplans sind hier eine Fahrplankonferenz der Reichsbahndirektion Karlsruhe mit den Vertretern der Gemeinden, Industrie, Handel und Verkehr statt. Die Verwaltung sagte die Wiedereinlegung einer ganzen Anzahl von Zügen zu, so daß die Verkehrsrichtung Konstanz—Sigmaringen—Trochtelzingen—Reutlingen im Sommer wieder besser bedient sein wird. Ebenso werden die Züge auf der Bodenseegürtelbahn wieder den Bedürfnissen mehr angepaßt und in Verbindung mit dem Fernverkehr über Friedrichshafen—Lindau und die Schwarzwaldbahn gebracht.

### Soziales.

Wildbad, den 24. März 1924.

**Auslegung der Wählerlisten.** Nach einer Bestimmung des Reichsministers des Innern sind die Stimmlisten und Karteien für die Reichstagswahl vom 6. bis 13. April auszuliegen. In Bayern, wo am 6. April die Landtagswahlen stattfinden, soll die Auslegung am 21. bis 27. März erfolgen.

**Der Abbau in der Finanzverwaltung.** Nach amtlicher Mitteilung sind im Bereich der Reichsfinanzverwaltung bis 31. März 1924 an Beamten und Angestellten 20,65 Prozent gegenüber dem Personalstand vom 1. Oktober 1923 abgebaut worden.

**Sauerstoffbehandlung von Lungenkranken.** In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ berichtet Dr. Warden über eine neue Behandlungsweise bei lebensgefährlichen Erkrankungen der Lunge. Wenn nämlich die Lunge in allzu großem Umfang angegriffen ist, so hat sie nicht mehr die Fähigkeit, dem mit Kohlen säure überladenen Blut genügend Sauerstoff zuzuführen. Infolgedessen stellen sich bald alle Anzeichen einer Herzschwäche und Atemnot ein. Dr. Warden hatte nun beobachtet, daß Luft, die durch Zufall unter die Haut in das Unterhaut-Zellgewebe gelangt war, sehr schnell vom Blut aufgenommen wird. Indem er auf dieser Erfahrung weiterbaute, ließ er Lungenkranken, deren Lunge so stark mitgenommen war, daß sie an höchster Atemnot litten, aus einer Sauerstoffflasche das Gas gemischt mit atmosphärischer Luft in das Unterhautzellgewebe der Brust, des Bauch und des Oberschenkels einspritzen. Der Erfolg war verblüffend. Die durch die Kohlen säure-Vergiftung des Bluts schon vollkommen benommenen Patienten lebten wieder auf und hatten kurz darauf die Krankheit völlig überwunden, der sie, wie Dr. Warden versichert, sonst unheilbar erelegen wären.

**20prozent. Erhöhung der Beamtengehälter.** Das Reichskabinett hat eine Erhöhung der Beamtengrundgehälter um 13 Prozent beschloßen. Die Familienzuschläge betragen 2 Mark für die Frau und 2 Mark für jedes Kind. Der Ortszulag erfährt eine Erhöhung auf „30 Prozent von drei Vierteln“, das sind 60 Prozent des ehemaligen Wohnungsgelds. Diese Erhöhung tritt mit dem 1. April in Kraft. Sie beträgt im ganzen 20 Prozent. Die Zahlung der bisherigen örtlichen Sonderzuschüsse in Höhe von etwa 9 Proz. fällt fort.

**Beschädigte Postpakete.** Bei dem Eisenbahnunglück in Ludwigsstadt (Oberfranken) am 18. Februar sind auch neun mit Postpaketen beladene Güterwagen abgestürzt und in Brand geraten. Ein großer Teil der Sendungen ist durch den Sturz oder durch Brand und Wasser vernichtet, die übrigen sind fast durchwegs stark beschädigt. In Frage kommen vorwiegend Sendungen aus Bayern, Hohenzollern und Württemberg nach Norddeutschland und dem Rheinland aus der Zeit vom 14. bis 16. Februar. Mit der Sichtung der geborgenen Sendungen und der aufschrifloosen Gegenstände ist das Postamt Lichtenfels betraut.

**Sommerzeit und Landwirtschaft.** Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Die Sommerzeit spukt wieder. Die Reichsregierung soll nicht abgeneigt sein, dem preussischen Antrag auf Wiedereinführung der Sommerzeit zu entsprechen; sie warte darauf, daß die Landwirtschaft ihre Einwendungen zurückziehe. Das wäre wohl zu erwarten, wenn die Gründe, welche die Landwirtschaft gegen die Sommerzeit ins Feld führt, Schein gründe wären und die Begnerschaft der Landwirte gegen die Sommerzeit nicht ernst gemeint wäre. Es mag wohl sein, daß die Sommerzeit für gewisse städtische Verhältnisse nützlich oder angenehm ist, aber die Gründe dafür wiegen jederlei gegen die schweren Nachteile, welche die Landwirtschaft von der Sommerzeit hat und die so oft schon beleuchtet worden sind, daß sie nicht wieder ausführlich behandelt zu werden brauchen. Es mag sein, daß in den Städten durch die Sommerzeit einige Kilowattstunden Beleuchtung am Abend erspart werden — vielfach wird übrigens einfach das Nachtleben um eine Stunde verlängert —, dafür würde man auf dem Lande viel mehr Kilowattstunden am frühen Morgen draufgeben müssen. Jedenfalls ist es eine sinnlose Uebertreibung, wenn die Sommerzeit jetzt gewissermaßen zur Hauptfache der Sparwirtschaft gestempelt wird. Das Leben und die Betriebsweise auf dem Lande ist seit Alters her nach den natürlichen Verschiedenheiten von Tag und Nacht eingerichtet, wie Gott sie geschaffen hat, das liegt an der Wesensart der Landwirtschaft. Jede willkürliche Aenderung daran muß die Landwirtschaft und die Gesamtheit in Schaden bringen. Das sollte man endlich auch in der Stadt einsehen und nicht verlangen, daß unnatürlichen Verhältnissen zuliebe natürlichen Notwendigkeiten Gewalt angetan wird.

### Allerlei

**Verlobung.** Einer Pariser Meldung zufolge soll die Verlobung der italienischen Prinzessin Rasalda mit dem belgischen Kronprinzen bevorstehen.

**Bayerische Reitschule.** In München wird eine neue Reitschule zur Pflege des Fahr- und Reitsports errichtet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Prinz Alfons von Bayern, der erste Vorstand Hermann v. Faber du Faure.

**Pferdepeuche.** Durch eine aus England eingeführte Mutterstute ist unter den 16 Buggenbagischen Pferden im Rennstall Hoppegarten eine feuchenartige Krankheit eingeschleppt worden.

**Die abgehackten Königsköpfe.** In seinem Buch „Die Geheimnisse der Weisen von Zion“ behauptet Hauptmann Ritter von Hausen, ein Friesländer an der Villa Rathenau, des Vaters des ermordeten Rathenau und Gründers der A.G., stelle 60 abgehackene Königsköpfe dar. Gegen Müller wurde eine Beleidigungsklage angestrengt. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

**Die Beklerin von Como.** Die 52 Jahre alte Frau Guljoppine Bent aus Mailand, die täglich, in Lumpen gehüllt, beim Kreuzbild unter den Lauben von Como stand, die Fremden anbetete und auf alle mögliche Art ihr Mitleid zu erregen suchte, starb in einer elenden Hütte und hinterließ 180 000 Lire in Schatzscheinen und Hartgeld.

**Brand.** In dem Dorf Schmieclau bei Rahenburg (Holslein) sind 6 Bauernhöfe vollständig niedergebrannt. Außer dem Vieh konnte nichts gerettet werden.

**Blutskat.** Der Posthilfsschaffner Finn in Travemünde bei Lübeck erschloß seine Braut, deren Mutter und dann sich selbst.

**Todesurteil.** Der 30jährige Händler Hoffmann in Darmstadt hat am 8. April 1921 seine Frau, mit der er in Ehescheidung lebte, in einem Kraftwagen verschleppt und in einem Wald erwürgt. Die Strafkammer verurteilte ihn zum Tod. Der „Kriminaloberinspektor“ Weber, der damalige Vorstand der Darmstädter Kriminalpolizei, hat dem Hoffmann bei dem schrecklichen Mord Beihilfe geleistet. Weber hat sich inzwischen erhängt.

**Die junge Frau eines Arbeiters in Berlin,** der dem Trunk ergeben war, fast nie arbeitete und seine Frau oft schwer mißhandelte, erschloß den Röhling, als er nach durchgehender Nacht wieder einmal mit den Fäusten die Frau mißhandelte. Die Strafkammer sprach die Frau frei.

**Hauseinsturz.** In Campobidi bei Lissabon ist ein neuverbautes vierstöckiges Haus zusammengestürzt. 15 Personen wurden tot weggeschafft, 30 liegen noch unter den Trümmern.

**Die Verehrung des Sonnengotts.** Bei den alten Ägyptern sowohl wie bei den Griechen und Römern wurde die Sonnengottheit nicht als ein weibliches, sondern als ein männliches Wesen gedacht. In ältester Zeit verehrten die Ägypter als Sonnengott, d. i. die in eine Person gefasste Sonne selbst, Re, dann aber auch dessen Sohn Hor (griechisch Horos genannt); später aber, etwa von der Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrhunderts an den wohl vom Orient eingeführten Osiris. Hauptkultstätte des Re und Osiris war das heute längst verschwundene On, griechisch Heliopolis (bei Kairo). Die Griechen verehrten als Sonnengott Helios, die Römer denselben Gott unter dem Namen Sol, beides gleichbedeutend mit Sonne.

**Der Kaffestrauch.** Nach einer noch heute weit verbreiteten Anschauung ist die südwestlichste Landschaft Arabiens, Jemen, mit ihrem Hafen Mokka die Heimat des Kaffestrauchs, das Kaffeegenusses und des Kaffeehandels. Wer etwas genauer mit dem modernen Arabien vertraut ist, weiß freilich, daß der einst blühende Hafen Mokka, der dem köstlichen Trank den alten Namen gab, längst zu einem Häuflein erbärmlicher Hütten herabgesunken ist, und daß die geringe

**Ausfuhr Arabischer Kaffees über Hobelba und Aden geht.** In der Gunst der Samen-Araber selbst aber ist der Kaffee längst von einem anderen Genussmittel verdrängt worden. Das aus demselben Höhengürtel des Hochlandabfalls wie der Kaffeebaum stammt und einen ähnlichen Giftstoff wie jener enthält. Sein Träger ist der von Südarabien bis zum Kap der guten Hoffnung in allen Gebirgen verbreitete *Kathrauchen*, von dem aber nicht die Samen, sondern die Blätter genossen, d. h. gekaut werden. Eine als Kühne Reisende bekannte, halb arabisierte Engländerin, Rosita Forbes, die Samen in diesem Jahr besuchte, war überrascht, in welchem Maß der Genuss der Kathblätter dem ganzen Leben der Küstenaraber von Samen seinen Stempel aufdrückt. In den ersten Mittagsstunden versammelt sich die gesamte männliche Bevölkerung der Küstenstädchen in besonders für diesen Zweck errichteten strohgedeckten Hütten und gibt sich in einer unbeschreiblichen Luft von Hitze, Schweiß und Gestank dem Genuss der Wasserpeisen und dem Kauen der Kathblätter hin. Der durch das Gift des Kathrauchs erzeugte Erregungszustand hält nicht lange an; um so länger aber scheucht das koffeinähnliche Alkaloid den Schlaf. Die erste Hälfte der Nacht hindurch wälzt sich der Araber daher schlaflos auf seinem Lager; spät und unruhig erwacht er dann aus schwerem Morgenschlaf, und zur Arbeit findet er sich erst bereit, wenn die Sonne hoch am Himmel steht und der Sand glüht. So wird es mit der Arbeit an keinem Tag viel, und das ganze Leben bekommt den Anstrich äußerster Gemüthsheit und Faulheit — eine höchst merkwürdige Folge des übertriebenen Genusses eines Anregungsmittels.

**Flughafen in Tempelhof.** Auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin wird durch eine Gesellschaft, an der die Stadt Berlin mit 500 000 Mark beteiligt ist, ein Flughafen mit eigener Funkstation eingerichtet.

**Brand.** Die große landwirtschaftliche Halle in der Ostendstraße in Frankfurt a. M. ist in der Nacht zum Freitag vollständig ausgebrannt. Die Halle war von Hausrat von Flüsslingen, Tabak und anderen Waren angefüllt.

**Iren ist menschlich.** Ein Hamburger Geschäftshaus teilt dem „Hamb. Fremdenblatt“ mit, daß ihm vom Preisprüfungsamt in den Monaten November, Dezember und Januar 1914 3107 Geprüften deren 5121, also 2014 zu viel berechnet worden seien.

### Förderung der Malaria durch Salvarjan

Es ist seit langem allgemein bekannt, daß sich auch in manchen Gegenden Deutschlands, besonders im Frühling und Herbst, Malariafälle häufen. Man nannte diese „Wechselfieber“, da sie jeden dritten oder vierten Tag unter heftigem Temperaturanstieg und Schüttelfrost aufzutreten pflegen. Diese Fieberanfälle kehren, wenn sie nicht behandelt werden, einige Wochen lang regelmäßig wieder und „wechselfeu“ dabei mit fieberfreien Zeiten ab, daher die Benennung Wechselfieber. Man unterscheidet dabei die „Tertiana“ und die „Quartana“, je nachdem ihre Fieberanfälle jeden dritten oder vierten Tag auftreten. Diese beiden Arten sind verhältnismäßig gutartig, weil sie auf Chiningaben bald abzuheilen pflegen. Man unterscheidet jetzt drei Malariaformen, die Tertiana, Quartana und als dritte die Tropic, oder, wie sie manche nennen, die Perniciosa (die bösartige Form). Seitdem gilt es als ausgemacht, daß es sich bei uns in Deutschland nur um die Tertiana und Quartana handelt, daß diese beiden Formen auch in südlichen und tropischen Ländern vorkommen (die Quartana dort selten), daß sich aber die dritte Form, die Tropic, nur in südlichen Ländern findet, und daß sie nördlich der Alpen, also auch in Deutschland, nicht vorkommt. Kürzlich wurden aber Tatsachen bekannt, aus denen hervorgeht, daß wir leider damit rechnen müssen, daß jetzt auch die bösartige Malaria tropica in Deutschland heimisch zu werden beginnt. Denn in den Berliner Krankenbüchern ist in

den Jahren 1921 und 1922 eine große Anzahl von auffälligen grippeähnlichen Fiebererkrankungen vorgekommen, die zum Teil tödlich verliefen und sich bei genauer Nachforschung unzweifelhaft sicher als Fälle von tropischer Malaria erwiesen. Sie waren so häufig, daß allein in einem Krankenhaus etwa 50 solcher Fälle festgelegt werden konnten. Einige der Kranken waren zwar auf den Kriegsschauplätzen des Balkans und Kleasiens gewesen, die meisten hatten aber Deutschland nie verlassen. Sie konnten also den Krankheitskeim nicht eingeschleppt, sondern ihn nur in Deutschland selbst erworben haben. Besonders auffallend war es dabei, daß eine große Anzahl der Kranken (aber nicht alle) aus irgendeinem Grund, der mit der spätern Malariaerkrankung nichts zu tun hatte, kurz vor der Erkrankung an Malaria mit Salvarjan geprüft worden war. Da nun die Tropic, ebenso wie die beiden andern Formen der Malaria, die Tertiana und Quartana, nur durch den Stich gewisser Arten von Stechmücken (Moskitos), der sogenannten Anopheles, auf den Menschen übertragen werden kann, so ist in Zukunft in allen den Gegenden Deutschlands, in denen bisher „Wechselfieber“ vorkam, die also auch Anophelesmücken beherbergen, damit zu rechnen, daß dort unter günstigen Bedingungen auch die weit bösartigere tropische Malaria erscheint. Es ist von größter Wichtigkeit, hierauf hinzuweisen, weil die Tropic nach ihren Krankheitserscheinungen von vielen andern fieberhaften Erkrankungen, wie besonders der Grippe und andern, selbst von geübten Ärzten nur schwer zu unterscheiden ist, und weil sie deshalb oft höchstwahrscheinlich dort, wo sie bisher unbekannt war, oft übersehen wird, was, wie die Berliner Todesfälle beweisen, leicht verhängnisvoll werden kann. Solche Verwechslungen sind aber leicht zu vermeiden, wenn in Zukunft bei allen fieberhaften Erkrankungen, bei denen auch Tropic in Frage kommen kann, Blutuntersuchungen vorgenommen werden, wodurch die Sache sofort geklärt wird. Erwacht sich der Fall dann als Tropic, so bringt die Chininur fast mit Sicherheit die Heilung. Als Wechselfiebergegend ist in Deutschland außer der norddeutschen Tiefebene besonders auch das Flußgebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse bekannt. Hier wäre deshalb in Zukunft auch auf Tropic zu achten. Es ist auch nötig, darauf hinzuweisen, daß nach den Berliner Beobachtungen Salvarjan geeignet zu sein scheint, bei Kranken mit latenter Tropic, d. h. solcher, die zurzeit keine Krankheitserscheinungen zeigen, unter Umständen schwere, ja sogar tödlich verlaufende Fieberanfälle hervorzurufen.  
Dr. Fr. Friedrichsen, Neuenahr.

### Die Aufhebung von Oberämtern

Der Staatsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung der würt. Regierung vom 21. März über die Aufhebung des Landgerichts Hall und der Amtsgerichte, Oberämter und Amtskörperschaften Blaubeuren, Bradenheim, Neresheim, Spaichingen, Sulz, Weinsberg und Weßheim.

Es werden einverleibt der Amtskörperschaftsverband Blaubeuren in den Amtskörperschaftsverbände Ulm, Bradenheim in Heilbronn, Neresheim in Aalen, Spaichingen in Reutlingen, Sulz in Oberndorf, Weinsberg in Heilbronn, Weßheim in Schorndorf.

Die Amtsgerichtsbezirke Gaildorf, Hall, Künzelsau und Weßlingen werden dem Landgericht Heilbronn, Craßsheim, Bannenburg und Mergentheim dem Landgericht Ellwangen zugeteilt.

Ferner werden zugeteilt vom O. A. Blaubeuren die Gemeinden Nacholsheim, Nerlingen und Bellingen dem Amtsgericht und Oberamt Weßlingen, die übrigen Gemeinden noch Ulm; vom O. A. Bradenheim sämtliche Gemeinden nach Heilbronn; vom O. A. Neresheim Aulhausen, Baldern, Bopfingen, Dirgenheim, Pflochberg, Goldburghausen, Kerlingen, Kirchheim, Oberdorf, Pfäumlach, Röttingen, Schloßberg, Trochteltingen, Unteröffingen und Ummenningen, nach Ellwangen, die übrigen nach Aalen.

Vom O. A. Spaichingen die Gemeinden Badheim, Böttingen, Buchheim, Dürheim, Egesheim, Königshelm, Nalstetten, Ruffingen und Reichenbach nach Tübingen, die übrigen Gemeinden nach Reutlingen; vom O. A. Sulz die Gemeinden Binsdorf, Jüngen und Rosenfeld nach Balingen, die Gemeinden Sterned und Wäld nach Freudenstadt, die übrigen Gemeinden nach Oberndorf; vom O. A. Weinsberg die Gemeinden Ammertweiler und Mainhardt nach Hall, die Gemeinden Bigfeld, Brehfeld, Dimbach, Füllersrot, Geddesbach, Malenfels, Reuhütten, Rappach, Schepbach, Schwabach, Stebenach, Unterheimbach und Waldbach nach Weßlingen, die übrigen Gemeinden nach Heilbronn; vom O. A. Weßheim Wächterbeuren nach Göppingen, Kirchensberg nach Backnang, Altdorf, Großheimbach und Lorch nach Gmünd, die übrigen Gemeinden nach Schorndorf.

Die Verordnung tritt hinsichtlich der Gerichtsbezirke am 1. Mai in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt treten an die Stelle der aufgehobenen Gerichte die Gerichte, denen die Bezirke der aufgehobenen Gerichte zugeteilt sind. Im übrigen tritt die Verordnung mit dem 1. April 1924 in Kraft.

### Handelsnachrichten

Dollarkurs, 22. März 4,2105 (unv.). Der Kurs der deutschen Dollarscheine ist mit 81,25 unter den regelmäßigen Stand zum Dollar gesunken als Folge des Kapitalmangels und der Notwendigkeit, Kapital zu beschaffen.

Der franz. Franken erholt sich weiterhin auf 81,50 zu 1 Pfd. Sterl. und 18,80 zu 1 Dollar.

Geldmarkt. Tägliche Geld 0,75 v. Tausend, dagegen macht die Beschaffung langfristiger Kredite Schwierigkeiten, da die Lage sehr ernst beurteilt wird.

Stuttgarter Edelmetallpreise, 22. März. Platin 16 Mk. Geld, 17 Brief d. Gr., Feingold 2,88 bezw. 2,9, Feinkornsilber 94 bzw. 9,5 d. Ag. Silber in Barren 1000 sein 92 bzw. 94.

Berliner Getreidepreise, 22. März. Weizen märk. 16,80 bis 17,40, Roggen 13,50—14, Brannterfe 18,00—18,80, Hafer 11,00 bis 12,40, Weizenmehl 24,25—27, Roggenmehl 22,2—23,0, Meie 8,70 bis 11,20, Raps 510.

Eiermarkt. Berlin 9—13, Süddeutscher Markt 10—12, Oberndorfer 10—12, Schlesiener 10—11, Süddeutscher 9—11, Westdeutscher 11—13.

Elwangen, 21. März. Pferdemarkt. Dem Pferdemarkt wurden bei 350 Tiere zugeführt und zwar 300 ältere Arbeits- und Handelspferde und 50 ein- und zweijährige Fohlen. Die zum Teil schon gut entwickelten zweijährigen Fohlen erzielten Preise von 1000—1600 Mk., die einjährigen 350—500 Mk. Für gebrauchte Pferde wurden 600, 700, 800 bis 1200 Mk. bezahlt. Die Händler hatten ca. 350 zum Teil prächtige Tiere beigebracht. Es wurden bezahlt für besondere Tiere 3500—5000 Mk., mittlere 3000—3500 Mark und gewöhnliche 1000—1500 Mk. pro Stück. Infolge der hohen Forderungen blieb der Handel stau.

### Devisenkurse in Billionen

Berlin	20. März	22. März	
		Brief	Geld
Holland 100 Guld.	156,61	156,39	155,61
Belgien 100 Fr.	17,46	17,54	17,64
Norwegen 100 Kr.	57,11	57,39	57,85
Dänemark 100 Kr.	65,83	66,17	66,83
Schweden 100 Kr.	110,72	111,28	110,72
Italien 100 Lira	17,96	18,04	18,05
London 1 Pfd. Sterl.	18,055	18,145	18,055
Genève 1 Franc	4,19	4,21	4,21
Paris 100 Fr.	21,35	21,45	22,14
Schweiz 100 Fr.	72,72	73,08	72,82
Spanien 100 Peseta	53,37	53,63	54,61
D. Oester. 100 000 Kr.	6,08	6,12	6,08
Prag 100 Kr.	12,21	12,29	12,21
Ungarn 100 000 Kr.	6,58	6,62	5,98
Argentinien 1 Peso	1,405	1,415	1,415
Tokio 1 Yen	1,775	1,786	1,765
Danzig 100 D. Guld.	72,21	72,59	72,21

### Begräbnisverein Wildbad.

Mittwoch abend 8 Uhr  
**Generalversammlung**  
im alten Volksschulgebäude.  
Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Wahlen.  
Der Vorstand.

# Laden

in Wildbad auf sofort oder später zu mieten gesucht. Gesf. Angebote unter Nr. 98 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

### Gasthaus zum „Anker“.



Morgen Dienstag  
**Schlachtpartie**  
mit Boßbier

wozu freundlichst einladet

Paul Jauß.

Bis auf weiteres liegt die  
**Sprechzeit wochentags von 4<sup>1/2</sup>—5<sup>1/2</sup>**  
wegen Abhaltung eines Fortbildungskurses.

**Dr. Weidner, Zahnarzt, Fernspr. 149**  
Wildbad, Oligastr. 17.

Krankheiten der Zähne, der Kiefern, der  
Mundhöhle und ihrer Grenzgebiete.  
Zahn-Ersatz jeder Form.



8 Uhr Kühler Brunnen.  
Gäste willkommen.



Morgen abend 1/2 8 Uhr



Heute abend 8 Uhr  
beim Hotel Weil  
betr. Ständchen.

Leinfamem, ganz,  
Drogerol' Futterkalk.  
Medizinadrogerie, A. u. W. Schmitz.

### Bettnäßer.

Dank von Robert  
Prof. Wildbad  
Straubenberg für Heilung eines Bettnäßers und von Familie Beck in Heudorf b. Niedlingen für Heilung von drei Bettnäßern durch  
**Boglsamers Kur**  
München Klenzstr. 73  
(Versand).

### In dieser Woche kein Handfertigkeitsunterricht.

Erst wieder Donnerstag in 8 Tagen, den 27., dann Samstag, 29. III. Am 27. und 29. für alle Schnitzer u. Säger.

Allg. Bildungsverein.

### Nichts ist so billig

geblieben als das  
**Färben & Reinigen**  
Ihrer Kleidungsstücke, Teppiche, Decken, Gardinen usw. in bester Ausführung bei der  
**Färberei Bäsing.**  
Annahme in Wildbad:  
**GESCHWISTER FLUM**  
Wilhelmstraße.



### Hausfrauen! Linoleum, Terazzo, Holzfußböden,

behandelt mit Bodencreme „Weibertreu“.  
Zu haben im Consumverein.

# Laden

gegen gute Bezahlung zu mieten gesucht.  
Offerten unter H 23 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Tel. 4004. **Otto Rayher** Tel. 4004.  
Pforzheim, Weiberstraße 35  
empfiehlt

**Stab- u. Formeisen, Bleche jeder Art**  
**Röhren u. Fittings, S.M.-Stahl**  
**Blankmaterial Kleiseisenwaren.**

**Spezialität: Drahtstifte u. Drähte**  
zu vorteilhaften Preisen.

Familie sucht ab 6. Juli  
für 3 Wochen  
**3—4 Zimmer**  
mit 6 Betten (4 Kinder von 10—18 J.). Offerten mit Preis an die Geschäftsstelle ds. Bl.

### Ein Acker,

womöglich mit Kartoffelfeld,  
wird zu pachten gesucht. Bon  
wem, sagt die Geschäftsstelle  
des Tagblatts.

### Metallbetten

Stahlmattlatzen, Kinderbetten,  
Dir. an Private. Katal. 44 C frei  
Eisenmöbelfabrik S U H L, Thür.

### Schweine- krampf, Steifheit der Beine, wird rasch behoben durch **Sufella.**

Glänzend bewährt, auch zur  
Anregung der Freßlust.  
1 Fl. 1,50 Mk., bei 5 Fl.  
Frankosendung, durch

**Dr. Schumachers Apotheke,**  
Pforzheim, Markt 6.